

Dienstag, der 28. Juli

Der Krieg beginnt. Zunächst natürlich nur der österreichisch-serbische. Die Kriegserklärung erfolgt um 11 Uhr morgens per Telegramm an das serbische Außenministerium.

Daraufhin lässt der russische Außenminister Sasonow der deutschen Regierung mitteilen, dass sein Land morgen beginnen werde, vorsorglich die südlichen Militärbezirke Moskau, Kiew, Odessa und Kasan mobil zu machen. Diese Maßnahme sei aber nicht gegen das Deutsche Reich gerichtet.

Wien wird durch diese Ankündigung natürlich in Alarmstimmung versetzt. Generalstabschef Conrad von Hötzendorf besteht darauf, dass er möglichst umgehend, mindestens aber innerhalb von fünf Tagen wissen müsse, ob er sich nur auf einen Krieg gegen Serbien oder auch einen gegen Russland einstellen muss. Außenminister Berchtold bittet daraufhin die deutsche Regierung, Russland „in freundschaftlicher Weise“ klar zu machen, dass eine russische Mobilisierung gegen Österreich mit militärischen Gegenmaßnahmen sowohl von Österreich wie Deutschland beantwortet werden müsse.

Währenddessen studiert Kaiser Wilhelm nach seinem morgendlichen Ausritt in Potsdam die serbische Antwort und vollzieht wieder einmal eine seiner berühmten 180-Grad-Wenden. „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden“, merkt er an. „Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!“ Auch die Ablehnung österreichischer Untersuchungsbeamter ficht ihn nicht an. Er meint, die österreichische Gesandtschaft in Belgrad könne ja mit der Kontrolle der Untersuchungen beauftragt werden.

Er schreibt Jagow nach Berlin, durch die serbische Antwort entfalle „jeder Grund zum Kriege“. Die paar Reserven, die Serbien mache, könnten wohl durch Verhandlungen geklärt werden. Vermutlich an-

geregelt durch ein Gespräch mit seinem Adjutanten Plessen schränkt er aber ein, es müsse sichergestellt werden, dass die serbische Regierung ihre Versprechen auch erfülle. Außerdem müsse der österreichischen Armee eine „äußere satisfaction d’honneur“ zugestanden werden. Er hat auch bereits eine Vorstellung, wie die aussehen könnte. Österreich besetzt Belgrad als „Faustpfand“, bis seine Forderungen erfüllt sind. „Dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abweisen, umsomehr als alle mehr oder weniger offen an Mich appellieren, den Frieden zu erhalten zu helfen. Das werde ich auch thun auf Meine Manier, und so schonend für das Österreich.-ische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich. ... Also muss sie unbedingt eine sichtbare satisfaction d’honneur haben; das ist Vorbedingung für meine Vermittlung.“ Seinen Außenamtschef fordert der Kaiser auf: „Daher wollen Eure Exzellenz in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag Mir unterbreiten; der nach Wien mitgetheilt werden soll.“

In der Wilhelmstraße tut man jedoch nichts dergleichen, sondern legt den kaiserlichen Vorschlag erst einmal auf Eis. Denn auch der österreichische Verbündete schießt quer. Aus London meldet Lichnowsky, in der dortigen k.u.k.-Botschaft spreche man ganz offen davon, dass das Ultimatum absichtlich unannehmbar gefasst worden wäre und Serbien „niederbegelet“ und aufgeteilt werden solle. Kanzler Bethmann Hollweg notiert wütend: „Diese Zweideutigkeit Österreichs ist unerträglich. Uns verweigern sie die Auskunft über ihr Programm, sagen ausdrücklich, dass die Ausführungen des Grafen Hoyos, welche auf eine Zerstückelung Serbiens hinausliefen, rein private gewesen seien, in Petersburg sind sie die Lämmer, die nichts Böses im Schilde führen, und in London spricht ihre Botschaft von Versenkung serbischer Gebiete an Bulgarien und Albanien.“

Während sich in der Wilhelmstraße Nervosität breit zu machen beginnt, ist der österreichische Außenminister zufrieden mit sich und der Lage. „Graf Berchtold ist in sehr guter Stimmung und stolz auf

die zahlreichen Glückwunsch-Telegramme, die ihm aus allen Teilen Deutschlands zugehen“, meldet Tschirschky nach Berlin.

Aus Paris berichtet Botschafter Schoen, die französische Regierung habe sich im Prinzip dem Vorschlag Greys einer Vier-Mächte-Vermittlung angeschlossen. Die österreichische Regierung jedoch habe erklärt, der Vorschlag komme zu spät, da man sich inzwischen im Krieg befinde.

Aus St. Petersburg telegraphiert Österreichs Botschafter Szápáry nach Wien, Außenminister Sasonow verharre in „optimistischer Auffassung, deren Gründe weder deutschem Botschafter noch mir erfindlich sind.“ Auch die russische Presse sei der Meinung, dass Deutschland zur Vermittlung bereit sei, und rechne deshalb mit einer friedlichen Beilegung. Szápáry nennt die russischen Bemühungen, Deutschland zur Vermittlung zu bewegen, einen Versuch, „in letzter Stunde zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einen Keil zu treiben.“ Das bisherige Ausbleiben militärischer Aktionen von Seiten Österreichs scheine zu der irrigen Interpretation zu führen, Österreich-Ungarns Entschlossenheit sei „nicht unabänderlich, und es sei noch Gelegenheit zu Verhandlungen geboten.“

Szápárys Einschätzung vom Optimismus des russischen Außenministers ist jedoch falsch. Seinen Londoner Botschafter Benckendorff vertraut Sasonow nämlich am gleichen Tag an, er gewinne „den Eindruck, dass Deutschland die Unversöhnlichkeit Österreichs eher begünstigt.“ Benckendorff schreibt zurück, Grey sei derselben Meinung.

Und der kaiserliche Vermittlungs-Vorschlag? Während des Tages – die genaue Uhrzeit ist nicht bekannt – hat Wilhelm II. noch einmal nachgelegt und seine Regierung aufgefordert, einen Gesandten damit nach Wien zu schicken. Kurz nach 22 Uhr am Abend bekommt er ein Telegramm von Kanzler Bethmann Hollweg. Dieser entschuldigt sich, dass es keine Zugverbindungen mehr gäbe, weshalb man den

Vorschlag nur telegraphisch nach Wien habe weiterleiten können. Dieses Telegramm, das von Stumm entworfen worden ist, enthält aber lediglich recht entstellte Bruchstücke des kaiserlichen „Faustpfand“-Plans: „Es liegt hiernach die Schlussfolgerung nicht fern, dass die russische Regierung sich auch der Erkenntnis nicht verschließen wird, dass, nachdem einmal die Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee begonnen hat, schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erfordert.“, heißt es. „Sie wird sich aber mit diesem Gedanken umsomehr abzufinden wissen, wenn das Wiener Kabinett in Petersburg die bestimmte Erklärung wiederholt, dass ihr territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fern liegen, und dass ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen bestimmten Punkten des serbischen Gebietes bezwecken, um die serbische Regierung zu völliger Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für ihr zukünftiges Wohlverhalten zu zwingen.“ Kein Wort davon, dass die Idee der Besetzung Belgrads vom Kaiser stammt, kein Wort, dass er die serbische Antwort für ausreichend hält, auch keines, dass er sich als Vermittler anbietet. Es wird nicht einmal so recht klar, dass hier eine bisher noch nicht diskutierte Strategie vorgeschlagen wird. Stattdessen wird Tschirschky aufgefordert, sorgfältig den Eindruck zu vermeiden, man wolle Österreich zurückhalten. „Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern.“

Allerdings soll Tschirschky herausfinden, was Österreich wirklich vorhat. Da Serbien recht weit entgegen gekommen sei, müsse man bei einer völlig kompromisslosen Haltung Österreichs mit einer Abkehr der öffentlichen Meinung rechnen, heißt es. Man beklagt auch, dass Österreich zwar den Krieg erklärt hat, aber erst ab dem 12. August aktiv militärisch vorgehen will. Damit käme die deutsche Regie-

rung „in die außerordentlich schwierige Lage, dass sie in der Zwischenzeit den Vermittlungs- und Konferenzvorschlägen der anderen Kabinette ausgesetzt bleibt, und wenn sie weiter an ihrer bisherigen Zurückhaltung solchen Vorschlägen gegenüber festhält, das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt. Auf einer solchen Basis aber lässt sich ein erfolgreicher Krieg nach drei Fronten nicht einleiten und führen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Russland trifft.“ Dem Kaiser telegraphiert man reichlich unverfroren, man habe seinen Vorschlag nach Wien weitergeleitet.

Was aber wollen Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt mit diesem recht wirren Telegramm nach Wien erreichen? Dass sie jegliche Einmischung des unberechenbaren Kaisers unbedingt verhindern wollten, ist klar. Aber was soll der nicht einmal halbherzig vorgeschlagene „Faustpfand“-Plan bezwecken? Hofft man, dass Österreich auf diese Lösung eingehen wird, oder ist man überzeugt, dass die ganze Idee in dieser schwach vorgebrachten Form völlig unwirksam bleibt? Wünscht man, dass Wien in St. Petersburg eine Erklärung über eine „vorübergehende Besetzung“ abgibt und Russland so weiter Sand über seine wahren Absichten auf dem Balkan in die Augen streut? Oder will man den Bündnispartner dazu bewegen, tatsächlich nur eine Art Polizeiaktion gegen die großserbische Propaganda zu unternehmen? Ist die Formulierung, es gehe darum Österreichs Ziele zu verwirklichen, ohne einen Weltkrieg zu entfesseln, nur eine leere Floskel oder glauben die deutschen Verantwortlichen tatsächlich, auf diese Weise eine Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts zu erreichen?

Das ganze Schreiben macht jedoch in Österreich schon deshalb keinen Eindruck, weil Tschirschky seine Anweisung, nicht zurückhaltend zu wirken, Berchtold brühwarm im Wortlaut übermittelt.

Eindeutig an dem ganzen Telegramm ist nur das fieberhafte Bestreben, Russland die Schuld an einem möglicherweise ausbrechen-

den Weltkrieg zuzuschieben. In diesem Sinn sendet Bethmann Hollweg Wilhelm II. auch noch einmal einen Entwurf für ein Telegramm an den Zaren, der ebenfalls von Stumm stammt. „Ein solches Telegramm würde, wenn es dann doch noch zum Kriege kommen sollte, die Schuld Russlands in das hellste Licht setzen“, appelliert der Kanzler an den Monarchen.

Der lässt sich überreden, überarbeitet den Entwurf an mehreren Stellen und schickt noch mitten in der Nacht das Schreiben los, das sich an das monarchische Gefühl von Nikolaus II. wendet. Er sei doch sicher auch der Meinung, dass die Mörder ihre Strafe erhalten müssten, heißt es. „In diesem Fall spielt die Politik keinerlei Rolle.“ Da Willy aber verstehe, dass der Freund und Vetter unter dem Druck der öffentlichen Meinung stehe, werde er seinen ganzen Einfluss aufbieten, um Österreich zu veranlassen, „zu einer befriedigenden Verständigung mit Dir zu kommen. Ich hoffe zuversichtlich, dass du mich in meinen Bemühungen unterstützten wirst, die Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen.“

Im Lauf des Tages hat der Kaiser auch Besuch von Kriegsminister Falkenhayn gehabt. Der notiert anschließend in sein Tagebuch, der Kaiser habe wirre Reden gehalten und erkennen lassen, dass er den Krieg nicht mehr wolle und sogar bereit sei, Österreich sitzen zu lassen. Doch er habe den Monarchen überzeugen können, dass der eingeschlagene Kurs richtig und nicht mehr aufzuhalten sei, hält Falkenhayn fest.

Die ganze prekäre Situation bewirkt, dass das Osmanische Reich Deutschland ein geheimes Abkommen anbietet. Es soll in Kraft treten, wenn Russland entweder die Türken oder ein Dreibund-Mitglied angreift, aber auch, wenn Österreich oder Deutschland das Zarenreich attackieren. Man ist sich am Bosphorus im Klaren, dass man auf jeden Fall in einen Krieg gezogen wird, in den Russland involviert ist. Den Dreibund aber hält man, so vertraut Enver Pascha dem deutschen Botschafter Wangenheim an, für militärisch stärker als die Triple

Entente. Außerdem bestehen langjährige gute Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich und Deutschland. Sie waren seit jeher eine besondere Herzensangelegenheit Kaiser Wilhelms II., der Sympathien für den Islam hegt und sich schon mal zum Beschützer aller Moslems erklärt hat. Natürlich hat auch das deutsche Türkei-Engagement zu Konflikten mit den anderen Großmächten geführt, die ebenfalls dort ihre Interessen haben. Den Briten gefiel es nicht, dass die Deutschen den Zuschlag für den Bau der Bagdadbahn bekommen hatten und damit ihren Interessensgebieten in Zentralasien gefährlich nahe kamen. Die Franzosen sahen sich wirtschaftlich ausgebootet, und die Russen hatten im Winter 1913/14 heftig gegen eine deutsche Militärmission protestiert. Hinter der Tatsache, dass der deutsche General Otto Liman von Sanders (1855–1929) Marschall der türkischen Armee wurde und den Auftrag bekam diese zu reorganisieren, witterten manche Kreise in St. Petersburg einen deutschen Versuch, Zugriff auf die türkischen Meerengen zu bekommen. Doch trotz dieser Konflikte bewegte sich die deutsche Orientpolitik Alles in Allem im Rahmen der üblichen Konkurrenz zwischen den Großmächten. Dass Deutschland zu ersten türkischen Massakern an den Armeniern schwieg, war die Schattenseite dieses Engagements. Der große Völkermord, dem später Hunderttausende Armenier zum Opfer fielen, wurde aber erst durch den Ersten Weltkrieg ausgelöst.

Noch ist es allerdings nicht so weit. Die Presse ist relativ hoffnungsfroh. Man weiß natürlich von Greys Vorschlägen, die der britische Außenminister auch im englischen Parlament vorgestellt hat. Manchen Blättern sind sie eine fette Schlagzeile wert, andere bringen sie nur als Randnotiz. Manche melden bereits, Deutschland habe den Vorschlag angenommen, „vorbehaltlich Österreichs Zustimmung“. Angeblich soll auf russisches Bitten hin auch Italien vermitteln. Die *Leipziger Neuesten Nachrichten* wollen wissen, dass sich Serbien im Laufe des Tages vollends unterwerfen werde. Ein Artikel in der *Kölnischen Zeitung*, der sich gegen Greys Vorschlag einer Botschafterkonferenz, aber für direkte Verhandlungen zwischen den beteiligten

Mächten ausspricht, wird von den Historikern teils als offiziös eingeschätzt. Doch diese Gerüchte sind Strohhalme, an die man sich klammert. Wie nervös die Stimmung ist, zeigen die Schlangen vor den Sparkassen, die sich schon lange vor Öffnung bilden. Teilweise werden auch schon Lebensmittelläden gestürmt.

Die deutschen Börsen, so urteilt die *Vossische Zeitung*, hätten sich angesichts der Lage noch gut gehalten. Aber langsam macht sich an den Finanzmärkten doch Panik breit; auch in Ländern, die bislang nicht vom Konflikt berührt worden sind, wie in Belgien oder den Niederlanden. Vor allem die Getreidemärkte sind sehr nervös und die sowieso schon hohen Preise haben scharf angezogen.

Aus Moskau meldet das deutsche Generalkonsulat, die Arbeiterständen der geplanten Mobilmachung äußerst feindselig gegenüber, seien sogar entschlossen, diese womöglich zu verhindern. Die Bauern seien ausschließlich an ihrer Ernte interessiert, und die Kaufmannschaft sei ebenfalls nicht kriegslustig.

Einen Krieg verhindern wollen auch die deutschen Sozialisten. Man schätzt, dass an diesem Tag eine halbe bis eine dreiviertel Million Menschen an Antikriegs-Kundgebungen teilnehmen; ein Fünftel davon Frauen – ein für die damalige Zeit bemerkenswert hoher Anteil. Alleine im Raum Groß-Berlin finden am Abend 27 Versammlungen mit jeweils Tausenden von Teilnehmern statt. Die Lokale wie die Brauerei Friedrichshain, die Brauerei Königsstadt in der Schönhauser Allee, das Gewerkschaftshaus am Engelufer oder das Volkshaus Charlottenburg müssen wegen Überfüllung geschlossen werden. Obwohl die Polizei ein Umzugsverbot verhängt hat, versuchen im Anschluss etwa 100.000 Menschen sich zu Demonstrationen zu formieren und ins Zentrum zu gelangen. Sie werden aber immer wieder von Polizisten mit blank gezogener Waffe abgedrängt. Am Königstor beim Volkspark Friedrichshain, aber auch in der Kochstraße rund um das Verlagsgebäude des *Vorwärts* kommt es zu schweren Zusammenstößen mit mehreren Verletzten. Insgesamt werden etwa

500 Personen verhaftet. Viele aber gelangen – teils mit Autos oder Straßenbahnen – ins Zentrum, wo sie dann um 22 Uhr Arbeiterlieder singend Unter den Linden entlang marschieren. Vor allem Frauen – so die *Vossische Zeitung* – skandieren auch „Nieder mit dem Krieg!“ Vor den Cafés an der Ecke Friedrichstraße haben sich aber wieder deutschnationale Studenten versammelt, die prompt eine Gegendemonstration starten. Auf „Hoch die Internationale“ wird „Hoch die Nationale“ zurück geschrien. Doch bevor es zu Zusammenstößen kommt, versucht die Polizei den Zug der Sozialisten aufzulösen. „Auf dem Promenadenweg sprengten die Berittenen zu Dutzenden daher“, schildert der *Vorwärts* am nächsten Tag. „Entkamen die Vertriebenen auf die Bürgersteige, so waren da andere Berittene, die ihre Gäule in die Menge hineinspornten, während zahllose Schutzleute zu Fuß mit geübten Fäusten die Fliehenden in den Rücken boxten, dass sie übereinander stolperten.“ Dabei habe die Polizei aber mehr „Patrioten, Gaffer und Fremde“ erwischt als Sozialisten, freut sich das Parteiblatt.

Auch aus Bremen, Köln und Elberfeld werden schwere Zusammenstöße mit der Polizei gemeldet. In Hamburg dagegen gibt es Prügeleien, als Kriegsgegner versuchen, den marschierenden Nationalisten eine österreichische Fahne zu entreißen. In Stuttgart demonstrieren etwa 1000 Menschen nach den Versammlungen vor der Redaktion des rechten *Stuttgarter Tagblatts*. Als die Polizei einschreitet, verlagert sich das Geschehen vor das Schloss. Dort stürmt berittene Polizei in die Menge und reitet dabei einige Menschen über den Haufen. Außerdem gibt es Schlägereien zwischen linken und nationalistischen Demonstranten.

Auch die rechte Presse geht zum Angriff über. Die Sozialdemokraten würden Deutschlands Gegner zum Überfall einladen, heißt es. Die Demonstrationen seien Hochverrat. Man pöbelt, die SPD wolle sich nicht einmal gegen einen russischen Angriffskrieg wehren und sehe den Zaren als den legitimen Herren der Welt an. Andere nennen die Demonstrationen zwar legitim, aber unklug. Wie wolle Deutschland

in den Verhandlungen einen festen Standpunkt einnehmen, wenn es von vorneherein erkläre, dass es keine Krieg führen werde, argumentiert die *Vossische Zeitung*.

Die sozialdemokratische Presse kontert mit dem Vorwurf der Kriegstreiberei und prangert auch die deutsche Rüstungsindustrie an, die Russland und Serbien erst gefährlich gemacht habe. Die friedliebenden Arbeiter würden als Hochverräter gelten, während der Schwerindustrielle, der Kanonenboote für Russland baue, als Patriot angesehen werde.

Auch der Kaiser tobt: „Die Sozen machen Antimilit. Umtriebe in den Straßen“, kritzelt er auf den Bericht. „Das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall; im Wiederholungsfalle werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen.“

Wilhelm II. und die Sozialdemokraten, das ist so eine Sache. Bismarck hat noch versucht, die Arbeiterbewegung durch die Sozialistengesetze zu bekämpfen und ihr durch die Sozialgesetzgebung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wilhelm II. dagegen ist ein Mensch, der in seiner Jugend ein Defizit an Zuneigung und Anerkennung erfahren hat. Als Monarch wollte er dies nachholen. Er war anfangs auf die Liebe und Bewunderung aller seiner Untertanen aus, auch der Armen. Als 1889 streikende Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet an ihn als den obersten Bergherrn appellierten, nahm er ihre Klagen ernst. Zwei Jahre später wurde eine neue Gewerbeordnung erlassen, die einen strengeren Arbeitsschutz vorschrieb, Sonntagsarbeit verbot und Fabrikarbeit für Kinder unter 14 Jahren abschaffte. Außerdem wurde die Gewerbeaufsicht verstärkt und Gerichte zur Schlichtung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingerichtet. Zusätzlich entlastete die große Steuerreform des preußischen Finanzministers Johannes von Miquel (1828–1901) kleine Einkommen durch ein steuerfreies Existenzminimum und eine gewisse Progression. Reichskanzler Bismarck, der dem Kaiser Humanitätsduselei vorgeworfen hatte, war inzwischen entlassen und durch Marinechef Leo

von Caprivi ersetzt worden. Der neue Kanzler und seine Mannschaft brachten eine Menge längst überfälliger Reformen auf den Weg und verpassten dem deutschen Kaiserreich endlich eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die zu einer aufstrebenden Industriemacht passte. Innenpolitisch bemühten sie sich um Aussöhnung und trugen die Sozialreformen des Kaisers überzeugt mit. Vor diesem Hintergrund machte die Ablösung Bismarcks durchaus Sinn, denn der „eiserne Kanzler“ war trotz der wegweisenden Einführung der Sozialversicherungen ein lausiger Innenpolitiker gewesen.

Die Sache hatte nur einen Haken. Die Versöhnung funktionierte nicht. Die Sozialdemokraten ließen sich nicht ködern. Sie verlangten vehement auch politische Zugeständnisse wie die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und eine parlamentarische Demokratie, in der die Regierung vom Vertrauen der gewählten Abgeordneten, nicht vom Kaiser abhängig ist. Das aber war mit Wilhelm II. nicht zu machen, der das deutsche Parlament gerne als Reichsauffenhäuser bezeichnete und den Parlamentariern ständig Feigheit und vollgeschissene Hosen unterstellte – vorzugsweise dann, wenn sie sich seinen Militärplänen widersetzten. Dafür brachten Caprivi und seine Mannen die alten Eliten gegen sich auf, da ihre Wirtschaftspolitik in erster Linie die Belange der Industrie, nicht der Großagrarien förderte. Auch die Militärs grollten, weil Caprivi zwar die Heeresstärke erhöhte, den Wehrdienst aber von drei auf zwei Jahren herabsetzte. Und die Alldeutschen nahmen ihm übel, dass er vage Ansprüche in Sansibar gegen den konkreten Besitz von Helgoland tauschte und überhaupt Kolonien äußerst reserviert gegenüberstand.

Auch unter Historikern ist die Außenpolitik Caprivis umstritten. So wurde unter seiner Ägide der Rückversicherungsvertrag mit Russland gekündigt und damit das Bismarcksche Bündnissystem zerrissen. Allerdings steckte dahinter keine Ignoranz, sondern der Versuch, einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik einzuleiten. Obwohl Caprivi vor seiner Kanzlerschaft ausschließlich militärische Karriere gemacht hatte, war er überzeugt, dass Handelsverflechtungen auf lange Sicht einen besseren Schutz vor Kriegen bieten als Bündnissys-

teme. Er mühte sich intensiv um gute Beziehungen zu England, vermied jede Aggression gegen Frankreich, erkannte die Bedeutung der USA und schloss mit einer ganzen Reihe von Ländern langfristige Handelsverträge, darunter auch mit Russland. Allerdings um den Preis, dass russisches Getreide nach Deutschland importiert werden durfte, was die Großagrарier in Rage versetzte. Auch der Kaiser war enttäuscht, da ihm die neue Sozialpolitik nicht die Herzen der Arbeiterschaft gewonnen, dafür aber teilweise die Zuneigung der alten Eliten gekostet hatte. 1894 musste Caprivi gehen. Während der neue Kanzler Hohenlohe-Schillingsfürst innenpolitisch versuchte, den liberalen Kurs, so gut es ging, weiterzufahren, begann Wilhelm II. seine irrlichternde Außenpolitik, um sich die erwünschte Anerkennung zu schaffen. Auf die Sozialdemokratie aber war er nachhaltig sauer. 1899 schrieb er einem Freund: „Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und füsiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen.“

Doch er konnte das Rad natürlich nicht zurückdrehen. Deutschland war ein boomendes Industrieland und brauchte seine Arbeiter. Das Elend der industriellen Revolution gehörte der Vergangenheit an. Die Arbeiterklasse trat zunehmend selbstbewusst auf und ließ sich ihre Errungenschaften nicht mehr nehmen. 1890 wurde die SPD erstmals stärkste Partei. Allerdings begannen sich die Arbeiter auch immer mehr als Teil des Staates zu sehen und nicht als Klassenkämpfer, die auf einen radikalen Umsturz hinarbeiteten. Unmittelbar vor der Jahrhundertwende begann einer der Vordenker der Partei, Eduard Bernstein (1850–1932), sogar die marxistische Doktrin vom Klassenkampf und der Abschaffung des Kapitalismus in Frage zu stellen. Er forderte, die SPD solle sich ganz auf soziale Reformen innerhalb des bestehenden Systems konzentrieren. Dieser „Revisionismus“ stellte natürlich für die Parteilinke um Rosa Luxemburg Hochverrat an der sozialistischen Idee dar. SPD-Übervater August Bebel (1840–1913) gelang es jedoch, den Laden noch zusammen zu halten. Der Marxismus blieb im Programm, aber in der Praxis widmete man sich vor allem der parlamentarischen Arbeit. Die Forderung von Rosa Lu-

xemburg, Massenstreiks und Straßenproteste zu initiieren, um politische Veränderungen zu erzwingen, lehnte Bebel ab. Die Bühne des „Arbeiterkaisers“ war der Reichstag. Der Drechsler aus Deutz war ein charismatischer Redner, der alle Themen abzudecken wusste und sich selbst den Respekt des politischen Gegners erwarb. Angesichts der Zweiten Marokkokrise 1911 prophezeite er, es werde bald „in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Männerblüten der verschiedensten Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwaffen, gegeneinander als Feinde ins Feld ziehen.“

1914 jedoch ist Bebel tot und ein neuer, vergleichbarer Wortführer der deutschen Sozialisten steht nicht bereit. Die streitbare Rosa Luxemburg aber – von Bebel, der sie bei aller Gegnerschaft durchaus schätzte, liebevoll-spöttisch „Roserei“ genannt – hat für den Moment resigniert. 1907 hatte sie auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart gemeinsam mit Lenin (1870–1924) den Beschluss durchgesetzt: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern. ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten.“ Und noch im Herbst 1913 war sie wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil sie öffentlich erklärt hatte: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: Nein, das tun wir nicht!“. Nun aber glaubt sie nicht mehr, durch eine Verbrüderung der Arbeiter in den jeweiligen Ländern oder durch Massenstreiks einen Krieg verhindern zu können. Sie nimmt zwar am 29. und 30. Juli an einer Tagung in Brüssel teil, trägt aber fast nichts zur Debatte bei, weil sie es für sinnlos hält.

Mittwoch, der 29. Juli 1914

„Die Lage sieht heute Vormittag etwas friedlicher aus als gestern Abend“, meldet der bayerische Gesandte in Berlin, Hugo von Lerchenfeld (1843–1925), am Morgen nach Hause: Russland wünsche den Weltfrieden zu erhalten und suche nach Wegen, dies zu tun, London ebenfalls. Und die deutsche Politik ziele darauf ab, dass die Angelegenheit mit einem Prestigegewinn für Österreich ende, es aber nicht zum Krieg komme.

In Wahrheit hat sich die Lage jedoch dramatisch zugespitzt. Denn in den vier südlichen russischen Militärbezirken wird, wie am Vortag angekündigt, damit begonnen, die Armee mobil zu machen. Außenminister Sasonow bittet den deutschen Botschafter Pourtalès nochmals um Verständnis und beteuert, dass man keinen Krieg wolle und es keinerlei Maßnahmen gegen Deutschland gebe. Aber Österreich zeige sich unnachgiebig. Weder habe der russische Botschafter in Wien ein Gesprächsangebot bekommen, noch der österreichische Botschafter in St. Petersburg irgendwelche Instruktionen.

Russland ist damit das erste Land, das im Sommer 1914 seine Truppen einberuft. Aber es hat auch Grund dazu. Denn während andere Länder ihre Armee in einigen Tagen aufmarschieren lassen können, braucht das riesige Zarenreich mehrere Wochen. Um nicht vollends ins Hintertreffen zu geraten, muss es mit der Mobilmachung beginnen, wenn sich auch nur die Gefahr eines Krieges abzeichnet. Auch während der Balkankrise 1912/13 haben sowohl Österreich wie Russland ihre Truppen an der Grenze aufmarschieren lassen, ohne dass dies Verhandlungen verhindert hätte.

Warum also sollte es diesmal anders sein? Der deutsche Außenamtschef Jagow jedenfalls hat in den vergangenen Tagen ausländischen Diplomaten mehrfach versichert, eine russische Mobilmachung nur gegen Österreich ziehe noch keine deutschen Maßnahmen nach sich. An diesem Tag jedoch präsentiert er sich wie ausgewechselt.

Die Nachricht, dass mit eben jener, überdies von Russland angekündigten Teilmobilmachung begonnen wurde, platzt in eine Unterredung mit dem russischen Botschafter Sergei Swerbejew. Laut Swerbejew reagiert Jagow äußerst bestürzt und ruft aus, nun müsse auch Deutschland mobil machen. Statt der Diplomaten würden die Kanonen sprechen. Einen Tag später wird „ein sehr beunruhigter“ Jagow dem französischen Botschafter Jules Cambon gestehen, die Zusage, dass eine russische Teilmobilmachung keine deutschen Maßnahmen zur Folge habe, gelte nicht mehr. Die Armeeführer würden auf Kriegsvorbereitungen bestehen.

Besagte Armeeführer haben sich bislang in der Krise weitgehend zurückgehalten. Doch nun wird es Zeit für sie, aktiv zu werden. Denn sie haben einen Kriegsplan. Einen einzigen Kriegsplan. Dieser wurde von Ex-Generalstabschef Alfred von Schlieffen im Jahr 1905 für einen Zwei-Fronten-Krieg gegen Russland und Frankreich entworfen. Der Plan sieht vor, während der russischen Mobilmachungsphase nur mit den allernötigsten Truppen die Ostgrenze zu verteidigen, mit dem Gros der Armee aber in Frankreich einzufallen und dieses binnen 42 Tagen niederzuwerfen. Danach kann man sich dann mit dem gesamten Heer Russland vornehmen. Im Klartext: Wenn Russland beginnt mobil zu machen, muss Deutschland sofort Frankreich angreifen. Schon wenige Tage Verzug gefährden den ganzen Plan, der sowieso mit ganz heißer Nadel gestrickt ist. Deutschland kann also überhaupt nicht abwarten, ob Serbien dem Zarenreich wirklich einen Krieg wert ist. Allein die durchaus erwartbare und aus russischer Sicht in einer solch kritischen Situation vernünftige Mobilmachung stellt den Startschuss für den deutschen Schlieffen-Plan dar. Und zwar nicht erst die Generalmobilmachung, sondern – wie eine Notiz von Generalstabschef Moltke vom 27. Juli belegt – bereits die jetzt erfolgte Teilmobilisierung. Das Kaiserreich muss nun umgehend mit der Mobilisierung der eigenen Truppen beginnen und dann möglichst schnell den Krieg gegen Frankreich starten.

Angesichts dieser Tatsache drängt sich natürlich die Frage auf, ob die deutsche Regierung jemals wirklich an eine Lokalisierung des österreichisch-serbischen Krieges geglaubt hat. Denn sie muss ja nicht nur darauf vertraut haben, dass Russland Serbien militärisch im Stich lässt, sondern sogar darauf, dass das Zarenreich nicht einmal mobil macht. Ein solches Ausmaß an Realitätsferne ist eigentlich kaum vorstellbar. Oder hatte vielleicht die gesamte deutsche Regierung den Schlieffen-Plan und seine Konsequenzen gar nicht im Bewusstsein, als sie sich auf einen österreichisch-serbischen Krieg festgelegt hat? Jagows plötzlicher Meinungsumschwung in den Gesprächen mit den ausländischen Gesandten jedenfalls spricht dafür.

Es hat sogar den Anschein, als würden die deutschen Militärs den Politikern auch jetzt noch nicht vollends reinen Wein einschenken. Jedenfalls überreicht Generalstabschef Moltke der Regierung an diesem Tag ein reichlich merkwürdiges Memorandum. Darin wird folgendes drohendes Szenario beschrieben: Österreich, das bisher nur gegen Serbien mobil gemacht hat, muss angesichts der russischen Kriegsvorbereitungen auch gegen das Zarenreich rüsten. „Mit dem Augenblick aber, wo Österreich sein ganzes Heer mobil macht, wird der Zusammenstoß zwischen ihm und Russland unvermeidlich werden. ... Will Deutschland nicht wortbrüchig werden und seinen Bundesgenossen der Vernichtung durch die russische Übermacht verfallen lassen, so muss es auch seinerseits mobil machen. Das wird auch die Mobilisierung der übrigen Militärbezirke Russlands zur Folge haben. Dann aber wird Russland sagen können, ich werde von Deutschland angegriffen, und damit wird es sich die Unterstützung Frankreichs sichern, das vertragsgemäß verpflichtet ist, an dem Kriege teilzunehmen, wenn sein Bundesgenosse Russland angegriffen wird.“

Moltkes Szenario entspricht jedoch keineswegs den Absichten des Generalstabs. Der Schlieffen-Plan sieht weder vor, einen russischen Angriff auf Österreich abzuwarten, noch dem Bündnisgenossen gleich engagiert beizuspringen. Vielmehr soll dessen Armee russische

Truppen im Südosten binden, damit die Deutschen ihren Blitzkrieg gegen Frankreich führen können. Die Franzosen aber würden nicht durch ihre Bündnisverpflichtung, sondern durch einen deutschen Angriff in den Krieg hineingezogen werden. Es stellt sich also die Frage, wen Moltke mit diesem Memorandum täuschen wollte. Produzierte er einfach ein Schriftstück für die Akten, das später einmal eine defensive Strategie Deutschlands belegen sollte? Oder wollte er die deutschen Politiker zwar von der Notwendigkeit einer schnellen eigenen Mobilmachung überzeugen, sie aber (noch) nicht mit der Nase darauf stoßen, dass sie den Krieg werden beginnen müssen?

Es gibt sehr viele Parallelen zwischen der Julikrise von 1914 und der Balkankrise von 1912. Es gibt jedoch auch einen entscheidenden Unterschied. Damals beschlossen die deutschen Militärs im „Kriegsrat“, für diesmal noch keinen Krieg führen zu wollen. 1914 jedoch will der Generalstab den Krieg.

Der bayerische Militärbeauftragte in Berlin, Karl von Wenninger (1861–1917), gerade erst überstürzt aus der friedlichen „Sommeridylle ... in den Klippen von Bornholm“ heimgekehrt, schreibt dem bayerischen Kriegsminister: „Der Chef des Generalstabs ... setzt seinen ganzen Einfluss darein, dass die selten günstige Lage zum Losschlagen ausgenutzt werden solle.“ Und Wenningers sächsischer Kollege Leuckart meldet nach Hause, dass es wohl zum Krieg komme und Moltke ihn auch unbedingt wolle.

Der Generalstabschef ist ein Neffe des berühmten älteren Helmuth von Moltke (1800–1891), der die Bismarckschen Einheitskriege gewonnen hat. Moltke der Jüngere ist Anhänger geistlicher Bewegungen wie der Anthroposophie und der Christian Science. Er malt und musiziert gerne, gilt als wenig kompetent und ohne „kriegerisches Feuer“. Böse Zungen behaupten, er habe seinen Posten nur bekommen, weil auch Wilhelm II. „seinen Moltke“ wollte. Ähnlich wie Bethmann Hollweg und Jagow soll er den Kaiser angefleht haben, ihm die Beförderung in das Spitzenamt zu ersparen. Seine Unsicher-

heit führte dann dazu, dass er leicht beeinflussbar war. Während er noch 1905 bei der Ersten Marokkokrise inständig hoffte, dass ein europäischer Krieg vermieden werde, „an dessen Gräueln man nur mit Schauern denken kann“, war er spätestens zur Zweiten Marokkokrise 1911 von der Notwendigkeit eines „Präventivkriegs“ gegen Russland und Frankreich überzeugt. Einer von denen, die ihn am meisten beeinflussten, war wohl der für die deutsche Geschichte noch so fatale Erich Ludendorff (1865–1937), der von 1908 bis 1913 Leiter der Abteilung „Aufmarsch“ im Generalstab war. Aber im Gegensatz zu Ludendorff war Moltke nie wirklich kriegslüsternd. Vermutlich war es gerade seine ängstliche Natur, die ihn nach dem Motto „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ zum Verfechter eines „Präventivkriegs“ werden ließ.

Im Gegensatz zur Regierung scheint dem deutschen Russland-Botschafter Pourtalès der Schlieffenplan gegenwärtig zu sein. Als Außenminister Sasonow bei ihm um Verständnis für die russische Teilmobilmachung wirbt, erwidert er, die Gefahr jeder militärischen Maßregel liege in Gegenmaßnahmen der anderen Seite. Der Gedanke liege nahe, dass die Generalstäbe der eventuellen Gegner Russlands die Karte des großen Vorsprungs in Sachen Mobilmachung nicht würden aufgeben wollen.

Ist das eine seltsame Offenherzigkeit oder eine bewusste Drohung? Zeitgenössische Quellen schildern Pourtalès eigentlich eher als pflichtgetreuen, preußischen Beamten, nicht als Mann, der auf eigene Faust mit Drohungen um sich wirft.

In Österreich-Ungarn allerdings glaubt man, Russland mit Drohungen zu einem Rückzieher bewegen zu können. Darum drängt die k.u.k.-Regierung den Bündnispartner inständig, in St. Petersburg die eigene Mobilmachung anzudrohen, falls die russischen Maßnahmen nicht zurückgenommen werden. Als die deutsche Regierung diesen Wünschen nachkommt, reagiert Russlands Außenminister wütend. Nun habe er keine Zweifel mehr über die Ursachen der österreichi-

schen Intransigenz (Unnachgiebigkeit), lässt Sasonow den deutschen Botschafter Pourtalès wissen. Der springt auf und verwehrt sich gegen diese Unterstellung. Sasonow fordert, dann solle Deutschland das Gegenteil beweisen.

Wenn die deutsche Politik gehofft hat, Russland mit der Mobilmachungsdrohung einschüchtern zu können, dann ist der Schuss nach hinten losgegangen. Wollte man allerdings Russland provozieren, als erster mit der Generalmobilmachung zu beginnen, dann war die Sache ein Erfolg. Denn in St. Petersburg ist man nun überzeugt ist, dass Deutschland auf Konfrontation aus ist und beginnt über die totale Mobilmachung nachzudenken. In diese Beratungen platzt jedoch ein Anruf des Zaren, der das Telegramm Wilhelms II. erhalten hat. Er bittet dringend, den Frieden zu wahren. Als ihm Sasonow jedoch von der deutschen Drohung erzählt, gibt Nikolaus II. seinem Minister freie Hand.

Unterdessen feuert die österreichisch-ungarische Armee die ersten Schüsse auf Belgrad ab, um die Serben daran zu hindern, die Eisenbahnbrücke zwischen Belgrad und Semlin zu sprengen. Als diese Nachricht in St. Petersburg eintrifft, ist k.u.k.-Botschafter Szápáry gerade bei Sasonow. Laut Szápáry ist der daraufhin wie ausgewechselt. „Sie wollen nur Zeit mit Verhandlungen gewinnen, aber Sie gehen vorwärts und beschießen eine ungeschützte Stadt“, wirft er dem österreichischen Botschafter vor.

Zusammen mit dem Chef des Generalstabs und dem russischen Kriegsminister beschließt Sasonow nun tatsächlich die Generalmobilmachung. Man ist sich darüber im Klaren, dass dies die Krise verschärfen kann. Doch Russlands Pläne für eine Teilmobilmachung sind allenfalls ein Provisorium und die Chance, doch noch einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden, wird als minimal angesehen. Deshalb ist man nicht bereit, den militärischen Vorteil zu opfern, der sich ergibt, wenn gleich das ganze Heer mobil gemacht wird

Auch Kaiser Wilhelm hat ein Telegramm von Nikolaus II. bekommen, das sich mit seinem an den Zaren gekreuzt hat. Der Russen-Herrscher bittet darin um deutsche Vermittlung. Die Art, wie er es tut, gefällt seinem „Vetter“ aber gar nicht. Wilhelm II. sieht darin eine „versteckte Drohung“, „eine einem Befehl ähnliche Aufforderung“, den Versuch, die Verantwortung ihm zuzuschieben und außerdem ein „Eingeständnis der Schwäche“, weil der Zar erwähnt, dass er dem Druck der öffentlichen Meinung ausgesetzt ist. Vielleicht am meisten regt den deutschen Kaiser auf, dass Nikolaus den österreichischen Krieg gegen ein so „schwaches Land“ wie Serbien „unwürdig“ nennt.

Trotzdem lässt sich Wilhelm II. überreden, eine Antwort zu schicken, deren Grundgerüst von Außenamts-Chef Jagow aufgesetzt wird. Darin heißt es, es handele sich nicht um einen „unwürdigen Krieg“, sondern um eine gerechte Strafaktion, der Russland ruhig zuschauen könne, „ohne Europa in den entsetzlichsten Krieg zu verwickeln, den es je gesehen hat.“ Wilhelm sei bereit, eine Verständigung zwischen Russland und Österreich zu vermitteln. Allerdings würde seine Position durch die russische Rüstung gefährdet.

Das Schreiben trifft erst spät am Abend in St. Petersburg ein, aber der Zar nimmt sich die Mahnung bezüglich der russischen Rüstungen zu Herzen. Noch um 23 Uhr ruft er seinen Kriegsminister zu sich und widerruft den Befehl zur Generalmobilmachung.

Bereits drei Stunden zuvor hat Nikolaus II. einen weiteren Vorschlag zur Konfliktlösung an Wilhelm II. gesandt: „Es würde sich empfehlen, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen. Vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft, Dein Dich liebender Nicky.“

Den Haag? Warum eigentlich nicht? 1899 und 1907 haben dort auf Anregung des Zaren zwei Friedenskonferenzen stattgefunden. Böse Zungen allerdings behaupten, Nikolaus II. habe sie nur initiiert, weil Russland militärisch damals so schwach gewesen sei. Und die westli-

chen Länder nahmen wohl hauptsächlich deshalb teil, weil sie sich von der öffentlichen Meinung gedrängt fühlten. Denn in Teilen der Gesellschaft war Pazifismus salonfähig geworden. 1876 hatte Henri Dunant das Rote Kreuz gegründet, 1889 war Bertha von Suttners Bestseller *Die Waffen nieder* erschienen und seit 1901 wird alljährlich der Friedensnobelpreis verliehen.

Die Haager Konferenzen führten auch zu Ergebnissen. Bereits auf der ersten wurde ein Schiedshof zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte eingerichtet. Dass die Anrufung im Konfliktfall aber obligatorisch wurde, scheiterte am deutsch-österreichischen Widerstand. In der Praxis werden vor dem Schiedshof dann vor allem Dinge wie Handels- und Grenzkonflikte behandelt. Auch Deutschland hat das Gericht einmal bemüht, um sich 1904 zusammen mit Großbritannien und Italien gegen eine Handelsblockade Venezuelas zur Wehr zu setzen. In der Julikrise aber kommt außer dem Zaren und den Serben niemand auf die Idee, den Konflikt in Den Haag regeln zu lassen.

Der Haager Schiedshof ist jedoch das eine, die Haager Abkommen das andere. In denen ist klar und deutlich festgelegt: „Die Unterzeichnermächte bemühen sich vor Ausbruch der Feindseligkeiten um Vermittlung und betrachten es als wünschenswert, wenn andere von sich aus eine Vermittlung anbieten.“ Vor diesem Hintergrund steht Deutschlands ständige Behauptung, man dürfe Österreich nicht der Demütigung eines Schiedsgerichtes aussetzen, auf besonders tönernen Füßen. Doch Wilhelm II. hatte bereits 1899 erklärt, er stimme dem Unsinn nur zu, damit der Zar sich nicht vor Europa blamiere. „Aber werde in meiner Praxis auch für später mich nur auf Gott und mein scharfes Schwert verlassen und berufen! Und scheisse auf die ganzen Beschlüsse!“

Im Juli 1914 aber tritt die bürgerliche Friedensbewegung so gut wie gar nicht in Erscheinung. Stattdessen werden inzwischen aus fast allen europäischen Ländern Kriegsvorbereitungen gemeldet. Auch Belgien trifft seit dem 26. Juli Maßnahmen, eine Tatsache, die den

deutschen Generalstabschef Moltke wahrscheinlich zusätzlich nervös macht. Denn da die deutsch-französische Grenze relativ gut zu verteidigen ist, sieht der Schlieffen-Plan einen Einmarsch über Belgien vor. Damit diese Rechnung aufgeht, muss Belgien entweder einen Durchmarsch der deutschen Truppen nach Frankreich erlauben oder diese müssen sich eben jenen Durchmarsch erzwingen. Dazu aber müssen sie sehr schnell – im Handstreich gewissermaßen – Lüttich einnehmen. Schlieffen hatte ursprünglich geplant, die Stadt zu umgehen und über die Niederlande nach Belgien einzufallen, aber Moltke will nicht auch noch die niederländische Souveränität verletzen. Das aber macht die Gegend um Lüttich zu einem Nadelöhr.

Auch der Pazifismus der Sozialisten hat Grenzen. Während in Brüssel auf dem Kongress des Sozialistischen Büros der SPD-Vorsitzende Hugo Haase (1863–1919) und der Theoretiker Karl Kautsky (1854–1938) noch mit den europäischen Genossen über gemeinsame Antikriegsmaßnahmen diskutieren, hat der Abgeordnete Albert Südekum (1871–1944), ein Vertreter des revisionistischen Flügels der SPD, der deutschen Regierung am Vormittag bereits versichert, seine Partei plane keine Aktionen im Falle eines Verteidigungskrieges gegen Russland. Das reaktionäre Zarenregime ist ein rotes Tuch für die Genossen. Selbst Bebel hat Russland als wahren und einzig gefährlichen Feind bezeichnet, vor dem man auf der Hut sein müsse.

Entscheidend für die Wilhelmstraße ist jedoch, dass Südekums Erklärung trotzdem nur für den Verteidigungsfall gilt. Dies führt Bethmann Hollweg auch an, als er sich am frühen Abend in Potsdam mit dem Kaiser, Kriegsminister Falkenhayn, Generalstabschef Moltke und Militärkabinetts-Chef Lyncker bespricht. Falkenhayn drängt darauf, zumindest den Zustand der „drohenden Kriegsgefahr“ zu erklären, der eine Vorstufe des Kriegszustandes darstellt und einer Mobilmachung vorausgeht. Bethmann Hollweg jedoch wehrt sich energisch. Man müsse mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sowohl in England wie in Deutschland abwarten, ob es wirklich zum

russischen Krieg gegen Österreich komme, plädiert er. Etwas, was völlig im Gegensatz zum Schlieffenplan steht. „Verwunderlicherweise“ – wie Falkenhayn in seinem Tagebuch notiert – springt Generalstabschef Moltke dem Kanzler bei und gibt sich fürs Erste damit zufrieden, dass nur einige unauffällige Kriegsvorbereitungen getroffen werden.

Anschließend empfängt Wilhelm II. auch noch seine Admiräle. Denn so etwas wie Generalbesprechungen mit allen Beteiligten gibt es bei ihm grundsätzlich nicht, sondern immer nur Audienzen in kleinem Rahmen. Den Tagebuchaufzeichnungen der Beteiligten ist zudem zu entnehmen, dass es eher um Nebensächlichkeiten ging. Vor allem klagte der Kaiser darüber, dass Österreich nicht erzählt, was es eigentlich wolle, aber ein energisches Vorgehen gegen Serbien immer weiter aufschiebe. Außerdem zeigt sich Wilhelm II. sicher, dass England neutral bleiben werde. Er habe das Wort des englischen Königs, sagt er, das genüge. Prinz Heinrich, der bei der Unterredung dabei ist, korrigiert ihn nicht.

Währenddessen trifft in Berlin ein Telegramm von England-Botschafter Lichnowsky ein. Angeblich soll der serbische Geschäftsträger in Rom in Aussicht gestellt haben, vorbehaltlich „gewisser Erläuterungen“ auch die strittigen Punkte 5 und 6 des Ultimatums anzunehmen. Vermutlich sind die serbischen Vorbehalte jedoch größer als es zuerst klingt, denn weder Italien, noch England, noch ein anderes Land greift dieses informelle Angebot auf und bringt es aufs diplomatische Tapet.

Lichnowskys nächstes Telegramm dagegen hat beträchtliche Konsequenzen: Es enthält einen neuen Vermittlungsversuch des britischen Außenministers. Edward Grey regt – ähnlich wie zuvor Wilhelm II. – an, dass Österreich Belgrad oder einen anderen Platz besetzen darf, um ein Faustpfand zu haben, während verhandelt wird. Gleichzeitig warnt Grey eindringlich: Seine Regierung werde einem österreichisch-serbischen und auch einem russisch-österreichischen

Krieg zusehen, aber keinem, in den Deutschland und Frankreich involviert sind.

Dieses Telegramm geht um 21:12 Uhr im Auswärtigen Amt ein. Kanzler Bethmann Hollweg hat es noch nicht gelesen, als er sich um 22:30 mit dem britischen Botschafter Goschen zu einem Geschacher um die englische Neutralität trifft. Sein Angebot: Wenn England in einem europäischen Krieg neutral bleibt, werde Deutschland keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstreben. Auf Nachfrage Goschens schränkt er allerdings ein, dies gelte nur für Frankreich selber, nicht für seine Kolonien. Die Neutralität der Niederlande wolle man jedoch garantieren, wenn dies alle anderen Länder auch täten. Was Belgien betreffe, könne man leider keine Versprechen machen, da man nicht wisse, zu welchen Operationen man eventuell durch Frankreich genötigt werde. Aber man werde die Integrität des Landes nach dem Krieg wieder herstellen, falls es nicht gegen Deutschland Partei ergreife. Diese Zusicherungen, so erklärt der Kanzler einem recht fassungslosen Edward Goschen, erschienen ihm als geeignete Grundlage für eine weitere Verständigung.

Damit steht Bethmann Hollweg allerdings allein da. Im britischen Außenministerium kommt man endgültig zu dem Schluss, dass Deutschland den Krieg will. Man ist sich auch sicher, dass es die Absicht hat, die belgische Neutralität zu verletzen, und die holländische nur garantiert haben will, um Einfuhren über Rotterdam zu sichern. Außenminister Grey lässt die Vorschläge des deutschen Kanzlers mit dem Argument zurückweisen, wenn England darauf eingehe, wäre das eine Schande, von der sich der gute Name des Landes nie mehr erholen würde. Botschafter Goschen übermittelt diese Rüge am nächsten Tag und meldet danach, weder Bethmann Hollweg noch Jagow hätten etwas erwidert, wohl weil ihnen die Sache furchtbar peinlich wäre.

Auch der am Morgen noch so optimistische bayerische Gesandte Lerchenfeld hat im Lauf des Tages die Hoffnung verloren. Abends um elf soll er gegenüber seinem schwäbischen Kollegen geäußert haben, die Lage sei „sehr dreckig.“ Der Reichskanzler glaube zwar noch an eine friedliche Lösung, aber im Prinzip würden der Diplomatie schon die Zügel aus den Händen gleiten und das Militär übernehmen.

Und die Öffentlichkeit? Aufgeregt, aber noch nicht panisch. Die österreichische Kriegserklärung vom Vortag beherrscht natürlich die Schlagzeilen. Die rechten Blätter begrüßen, dass nun Fakten geschaffen sind. Die anderen weisen darauf hin, dass Vermittlungen weiter möglich sind. Angeblich habe Russland erklärt, die Besetzung Belgrads sei noch kein Kriegsgrund. In den *Münchener Neuesten Nachrichten* heißt es, der Kriegsbeginn erwecke die Hoffnung, dass Serbien bald vollends einlenke. Die *Vossische Zeitung* glaubt, dass das Zarenreich eine abwartende Haltung einnehme, da Österreich versichert habe, nur eine Strafaktion durchführen zu wollen, und Deutschland die russische Teilmobilmachung „mit Gleichmut“ betrachte. Nur die *Frankfurter Zeitung* erklärt, Österreich habe mit dem Kriegsbeginn eine schwere Verantwortung übernommen. Wenn Russland nun noch neutral bleiben solle, müsse man mehr bieten als ein Drohen mit

deutschen Bajonetten. Es gelte einen Weg zu finden, wie Russland etwas für Serbien tun kann, ohne dass man damit ein russisches Balkanprotektorat anerkennt. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, sich nicht passiv mit Wiens Entscheidungen zu begnügen.

Daneben gibt es ausführliche Berichte von den Kundgebungen des Vortages, vor allem den Antikriegs-Demonstrationen. Auch der österreichische Kommentar zur serbischen Antwort wird nun von vielen Blättern in Auszügen abgedruckt. Er wirkt überzeugend. In der katholischen *Germania* heißt es, wer behaupte, Serbien habe in seiner Antwort nachgegeben, sei heillos voreingenommen und verwirke das Recht, gehört zu werden.

Daneben spielt weiter Greys Vorschlag einer 4-Mächte-Konferenz eine Rolle. Er sei zu spät gekommen, weil Österreich den Krieg bereits begonnen habe, heißt es. Aber man will wissen, dass Deutschland stattdessen die praktikablere Form einer Verhandlung direkt zwischen den Kabinetten vorgeschlagen hat.

Finanz- und Industriekreise jedoch, so die Einschätzung des britischen Botschafters Goschen, seien absolut gegen einen Krieg. Fritz Friedländer (1858–1917), „ungefähr der reichste Finanzmann Deutschlands“ sei ganz verzweifelt und habe einer Bekannten geraten, so bald wie möglich aus Berlin zu verschwinden, da die Stadt einen Monat nach der englischen Kriegserklärung am Hungertuch nagen würde. „Hungernde Menschenmengen sind immer auch gefährlich.“